

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 5 (1911)
Heft: 10

Artikel: Bauernfragen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-132520>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kriminalisten vor, daß ihre Auffassung das Strafrecht im strengen Sinn überhaupt aufhebe. Das ist allerdings richtig, aber was tut's? Der Mensch ist nicht um des Strafrechts willen da, sondern das Strafrecht um des Menschen willen. Es steht nirgends geschrieben, daß ein Strafrecht im alten Sinne ewig existieren müsse. Ich vermute allerdings, daß wir die Konsequenzen aus dieser eben entwickelten Auffassung erst zu ziehen beginnen und noch manches anders ansehen lernen werden. Aber all das kann doch kein durchschlagendes Gegenargument sein.

Wenn wir so mit dem Strafrecht im eigentlichen strengen Sinn brechen, so heißt das noch nicht, daß wir mit Leoß (und Tolstoi) sofort der Aufhebung des gesamten Strafwesens beistimmen. Ich glaube, daß die Gesellschaft zur Sicherung ihres Bestandes sie nicht entbehren kann, daß es die Neuerungen der unsocialen Gesinnung mit Gewalt unterdrücken muß. Es ist ein schlechtes Zeichen für sie, daß sie ohne das nicht auskommt, gerade wie es für uns Eltern, wenn wir unsere Kinder züchtigen müssen, immer ein Zeichen ist, daß wir einen Erziehungsfehler begangen haben. Sie kann diese Ordnung der Gewalt nicht ganz entbehren, und es kann sein, daß für einzelne Naturen, wie Förster sagt, der Katechismus des Strafrechts eindrücklicher ist als der religiöse Katechismus. Aber die Aufgaben der Justiz bleiben bloß negative; sie soll hindern, abschrecken, unschädlich machen. Während also Förster den Gesichtspunkt des Schutzes der Gesellschaft aus der Strafe ganz entfernen will, um ihren ethischen Charakter nicht zu zerstören, denke ich von diesem ethischen Charakter sehr gering und kenne zur Rechtfertigung der gewaltsmäßen Repression des Verbrechens bloß das Motiv: Schutz der Gesellschaft und ihrer Rechtsordnung. Das Strafrecht beruht auf der Gewalt. Sittlichen Fortschritt schafft aber niemals die Gewalt; er gedeiht einzlig und allein auf dem Boden der Freiheit.

R. Liechtenhan.

Bauernfragen.

Die Geister beginnen sich zu regen. Der Appell an die Religiösen Sozialen zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen Bauer und Arbeiter hat bereits seine Früchte getragen. Sonntag, den 27. August tagte in Thuisis eine soziale Konferenz, an der Vertreter des Bauernstandes und der Arbeiterschaft das Wort ergriffen. Den Anwesenden — beide Lager waren recht zahlreich vertreten — ist es an dieser Tagung klar geworden, daß eine Verständigung kein Ding der Unmöglichkeit ist. („Der Freie Rätier“, Nr. 202.*.) Das ist auch meine Überzeugung geworden, und je mehr ich mich in all die ver-

*) Vgl. auch Nr. 9 (Rundschau).

schiedenen Fragen vertiefe, mit um so größerer Zuversicht kann ich in die Zukunft blicken. Wo ehrliches Wollen vorhanden, jeder parteipolitische Hintergedanke ausgeschlossen ist, da wird die Erkenntnis Platz greifen, daß man sich gar nicht so ferne steht, wie es scheint, daß die Kluft nicht nur überbrückt werden kann, sondern daß beide Stände einen gemeinsamen Feind haben, gegen den man mit vereinten Kräften marschieren muß: das arbeitslose Einkommen, den Kapitalismus. Für Arbeiter und Bauer soll die Lösung gelten: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert; jeder Nichtarbeiter aber ist keines Lohnes wert.

Es sei einem warmen Bauernfreund gestattet, heute eingehender als es ihm früher möglich war, allerlei Fragen zu besprechen, die vor allem den Landmann, aber auch den Arbeiter, den Städter überhaupt interessieren dürften. Da muß er denn zuerst für seine Bauern eine Lanze brechen. Es gilt Vorwürfe zurückzuweisen, deren Berechtigung er nicht gelten lassen kann. Es ist ihm nicht um Kampf zu tun; damit würde er wenig zur Aussöhnung beitragen. Was not tut, ist Aufklärung über viele Punkte, in denen den Bauern bitter Unrecht geschieht. Erlittene Unbill wurmt und ist ein böses Hindernis zur gegenseitigen Verständigung. Dasselbe aus dem Wege zu räumen, betrachten wir als unsere erste Aufgabe, darum zuerst ein Wort zu ruhiger Überlegung an das gesamte Städtertum, das sich im Kampfe gegen die unersättlichen Agrarier einig weiß.

Wir halten es, wie wir eben angedeutet haben, für richtiger, von einer tiefen Kluft zwischen Stadt und Land zu reden, als von dem Gegensatz zwischen Arbeiter und Bauer auszugehen. Der Arbeiter ist derjenige Vertreter des Städtertums, der infolge der Lohnverhältnisse am meisten unter der Lebensmittelsteuerung leidet. Die Organisation hat ihn nicht nur zu vorbildlicher Solidarität erzogen, sie hat ihm auch das Gefühl seiner Macht zum Bewußtsein gebracht. Der Proletarier redet heute von der Leber weg; er scheut niemandem mehr; er sagt's jedem, der es wissen will, wo ihn der Schuh drückt. Es hindern ihn keine politischen Rücksichten, zu sagen, was er denkt; und wenn er redet, so redet er deutlich; er nimmt den Mund gern etwas voll; in seinen Kreisen ist das Wort vom Lebensmittelwucher geprägt worden. Das verzeiht ihm der Bauer nicht so schnell, denn die Unbill ist zu offenkundig.

Der eigentliche Bourgeois denkt über diese Sache genau gleich wie sein politischer Feind, der Sozi; aber er ist klüger; er will's nicht mit den Bauern verderben. Krämer, Handwerker, Wirte u. s. w. sind auf ihn angewiesen. Die Landkundschaft ist gut. Das kann man überall zu hören bekommen. Aber es ist noch ein anderer, ein wichtigerer Grund, der vorsichtiges Zurückhalten seiner Gefühle zur Pflicht macht. In den protestantischen Kantonen hat der Bauernstand in den letzten Jahrzehnten fast geschlossen mit der freisinnig-demokratischen Partei gestimmt. Ihn vor den Kopf stoßen, heißt seine besten Truppen verlieren; darum lautet die Parole für die freisinnige Presse: Stille,

stille, kein Geräusch gemacht. Wie es aber in Wirklichkeit in den Herzen des freisinnigen Städtertums aussieht, davon kann der erzählen, der gelegentlich mit Bürgern und Burgern am Biertisch zusammenkommt, allwo einem der „Stoff“ die Zunge löst, und man aus seinem Herzen keine Mördergrube macht. Wer da über die unersättlichen Agrarier loszieht, findet dankbare Zuhörer, und mancher, der sich sonst vor dem roten Gespenst bekreuzt, nicht dem Sozi lebhaft Beifall, der seinem Zorn über die Teuerung Lust macht und seine Tiraden über den Lebensmittelwucher loslässt. Das gesamte Städtertum beginnt nachgerade gegen den Bauernstand mobil zu machen. Das beweist auch eine Notiz, die in der Juli-Nummer des „Schweizerischen Bankverein“, dem Blatt der Großindustriellen und Kapitalisten, erschienen ist. Eine Cassandrastimme prophezeit dort den Ruin der schweizerischen Industrie. Wer trägt die Schuld, wenn früher oder später diese düstere Weissagung in Erfüllung geht? Niemand anders als der Bauernstand. Er treibt die Lebensmittelpreise in die Höhe, die den Arbeiter zwingen, immer größere Lohnforderungen zu stellen. Es kommt schließlich so weit, daß infolge der hohen Löhne und einer übertriebenen sozialen Gesetzgebung die elementarsten Existenzbedingungen der schweizerischen Industrie zerstört werden. Die Zeit ist nicht mehr ferne, wo unsere unersättlichen Agrarier konstatieren können, daß es ihnen gelungen ist, die Henne, die goldene Eier legt, zu töten.

So der Vertreter der Großindustriellen.

Mit gutem Recht reden wir deshalb heute nicht von einem Gegensatz zwischen Bauer und Arbeiter. Es besteht eine bedenkliche Kluft zwischen Stadt und Land. In dem Kampf über den Gefrierfleischzoll haben einige große bürgerliche Preszorgane offen Farbe bekannt und den Beifall ihrer Abonnenten gefunden.

Es ist gewiß alles nur zu wahr, was Pfarrer Aeschlimann und Prof. Ragaz von den Vorurteilen des Bauern gegen den Industriearbeiter schreiben. Manches kann man — wenn nicht billigen, — so doch begreifen. Das ganze leichtlebige Wesen und Treiben eines noch nicht durch jahrelang bestehende Organisation erzogenen Industriearbeiterstandes fordert scharfe Mißbilligung des Bauern heraus. Für allerlei minderwertige Vergnügungen, bei denen der Alkohol eine bedeutende Rolle spielt, hat man Geld in Hülle und Fülle. Leute, die Bäcker und Krämer lange vergeblich warten lassen, bis sie endlich ihre Schulden bezahlen, sind überall dabei, wo es lustig zugeht. Das kann unser Bauer nun einmal nicht fassen. Ohne sich ein Gewissen daraus zu machen, nimmt man dann Staat und Gemeinde in Anspruch, wenn's nicht mehr weiter geht. Das sind so Vorkommnisse, die ein rechter Bauer nicht mit Charakter in Einklang bringen kann. Er kennt vielleicht ein paar solcher Fälle, verallgemeinert, und sein Urteil über die Arbeiterschaft ist gemacht. Sein Horizont ist eben eng. Er kommt nicht zu oft über die Grenzen seiner Gemeinde hinaus. Was weiß er von dem traurigen Berufsleben eines Fabriklers? Wir geben gerne

zu: hier steht es schlimm; Aufklärung tut bitter not! Verständnislosigkeit ist nun aber nicht ein Uebel, das nicht getilgt werden könnte. Hier warten unser noch große Aufgaben; doch wir haben keinen Grund, an der Möglichkeit einer Stimmungsänderung zu zweifeln. Unsere gute Hoffnung stützt sich auf die Geschichte: In der Umgebung der kleinen Stadt B. im Kanton Bern herrschte vor hundert und mehr Jahren ein glühender Haß gegen die Städter mit ihren Vorrechten. Wie lange mußte die große Bauerngemeinde H. mit der Bürgerschaft von B. prozedieren, bis die gnädigen Herren in Bern ihr endlich den Bau einer Dorfsschmiede bewilligten! Das sind interessante Akten! Die Hartnäckigkeit, mit der die Städter ihre mittelalterlichen Rechte verfochten, machte böses Blut, und es gab eine Zeit, wo die Bürger von B. besser daran taten, den Boden der Gemeinde H. nicht zu betreten. Sie setzten sich argen Beschimpfungen, ja Schlimmerem aus. Dieser Haß hat sich von Generation auf Generation vererbt. Erst in den letzten drei Jahrzehnten ist eine gründliche Aenderung der Ge- fünnung eingetreten. Heute weiß man nichts mehr von jenem alten Städterhaß. Die Vorrechte sind gefallen; man ist sich näher getreten, hat sich kennen gelernt, und der alte Unfriede hat einem freundlichen Verhältnis weichen müssen. Wie viel schwerwiegender und ernster waren einstigen die Ursachen der Feindschaft zwischen Stadt und Land als der heutigen Animosität zwischen Bauer und Arbeiter. Vergessen wir nicht: Der Bauer entwickelt sich erst, sein Horizont beginnt sich zu weiten; er wird manches verstehen lernen, was er heute nicht fassen kann; zudem schreitet die Erziehung des Proletariates durch die Organisation stetig vorwärts; dem Alkoholismus wird der Kampf erklärt und siehe da: der Bauer bekommt Respekt und geht beim Arbeiterstand in die Schule. Er lernt schon heute von ihm, ja er beneidet ihn offen um seine Einigkeit. Wir wären auf dem besten Wege zur Verständigung, wenn nicht die Lebensmittelsteuerung unsere schönsten Hoffnungen zu vernichten drohte. Alles, was von Prof. Ragaz, Pfarrer Aeschlimann und andern über die Ursachen des schroffen Gegensaßes zwischen Bauer und Arbeiter geschrieben worden ist, hat seine Berech- tigung; aber das persönliche, das stimmungsmäßige Moment scheint mir kein unüberwindliches Hindernis zu sein; noch mehr solcher Kon- ferenzen wie zu Thunis und alles käme gut, wenn nicht die Steige- rung der Lebensmittelpreise ihren bedenklichen Fortgang nähme. Man ist nun einmal überzeugt, daß die Schuld den Bauernstand trifft. „Lebensmittelwucher treiben sie, die Agrarier“, so hat es am 1. Mai geheißen. „Nieder mit dem Lebensmittelwucher“, mit dieser Lösung wurden unzählige Protestversammlungen geschlossen, denen sich noch einmal unzählige anreihen werden. So lange auf Seiten der Arbeiter eine solche Stimmung herrscht, kann nicht Friede werden. Hier muß heute die Aufklärungsarbeit einsetzen und dem Arbeiterstand zeigen, daß unsere Landwirtschaft und deren Vertreter keine Schuld trifft, daß wir es vielmehr mit einer Krise zu tun haben, unter der die

ganze Kulturwelt leidet. Immer und immer wieder wird gegen den Bundesrat, der sich von Dr. Laur ins Schlepptau habe nehmen lassen, der Vorwurf erhoben, die Teuerung sei die traurige Folge unserer Zollpolitik. Das wird partei-politisch ausgeschlachtet und ist mit ein Grund, der die Bauern gegen die Arbeiter einnimmt. Tatsächlich lässt sich dieser Vorwurf bei genauerem Zusehen nicht aufrecht erhalten. Ich habe die Enquête zur Vorbereitung der künftigen Handelsverträge in den Händen, wie sie zurzeit auf Wunsch des Bundesrates vom Bauernsekretariate ausgearbeitet worden ist. Dass der Bauernverband damals die Lösung ausgegeben hat: „ohne landwirtschaftliche Schutzzölle keine industriellen Schutzzölle“ kann man ihm wahrlich nicht übel nehmen. Was dem einen recht, das ist dem andern billig. Schon zur Zeit der großen Volksabstimmung über den neuen Zolltarif ließ man das Gespenst der Lebensmittelsteuerung zu wirksamem Spiel auf der Bühne erscheinen, aber mit einem Mehr von zirka 100,000 Stimmen hat sich das Schweizer Volk auf Seiten seiner Behörden gestellt. Die Teuerung ist gekommen, und es ist gar wohl begreiflich, dass heute die einstigen Gegner des neuen Tariffs fast triumphierend dem Volke zu rufen: Da habt ihr nun das Unglück; doch ihr habt's so gewollt! Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Von all den Schutzzöllen, welche die Landwirtschaft verlangte, sind diejenigen auf Mastvieh und Fleisch die wichtigsten. Die andern spielen in der Lebenshaltung keine Rolle. Getreide, Molkereiprodukte, Milch, Kartoffeln und andere wichtige Nahrungsmittel fielen für den Bauernverband als Zollobjekte außer Betracht. Was Mastvieh und Fleisch anbetrifft, äußerte sich Dr. Laur in seiner Enquête: Wir beabsichtigen keineswegs so hohe Zölle vorzuschlagen, dass eine wesentliche Verteuerung der Preise zu befürchten wäre. Ein Aufschlag von 1 bis $1\frac{1}{2}$ Rappen per Pfund Ochsenfleisch wäre das höchste, was zu befürchten wäre. Die Gründe, warum gerade auf diesen Zoll so großes Gewicht gelegt wurde, leuchten dem Kenner des landwirtschaftlichen Betriebes gar wohl ein. Er lässt sich mit guten Gründen rechtfertigen und hätte, wenn es bei der von Dr. Laur angeführten Preissteigerung geblieben wäre, gar nie als drückend empfunden werden können.

Es ist anders gekommen. Wir leiden unter einer richtigen Fleischsteuerung, zu der sich nun noch eine Milchsteuerung gesellen wird, um das Maß voll zu machen; doch nicht nur wir leiden darunter. Unsere Nachbarstaaten teilen mit uns das gleiche Los. Wo liegt die Schuld? „Eine Krise in der Kulturwelt“, so lautet der Titel einer sehr beachtenswerten Arbeit von Karl Jentsch, die im Dezember 1910 im „Türmer“ veröffentlicht wurde. Was dort gesagt wird, kommt einer Lösung des Rätsels gleich und ist dazu angetan, ein mächtiges Hindernis der Aussöhnung zwischen Bauer und Arbeiter, Stadt und Land aus dem Wege zu räumen. Jentsch geht der Sache auf den Grund. Wenn seine Erklärung der Teuerungserscheinungen Gemeingut des Städtertums geworden ist, dann wird man einsehen, wie unbegründet und unge-

recht gewisse Vorwürfe gegen die „unersättlichen“ Agrarier sind, wird das unfruchtbare verhezende Gezänke abstellen und den Hebel anderswo ansetzen. Hier kurz einige Leitsätze aus der angeführten Arbeit von Karl Jentsch. „Der Streit der Städter mit den Landwirten um den Fleischpreis (ergänze: und Milchpreis) wird für Parteizwecke ausgebeutet, die mit den Lebensinteressen der beteiligten Stände nichts zu schaffen haben, und niemand scheint daran zu denken, daß der hohe Fleischpreis (ergänze: und Milchpreis) Symptom eines kritischen Stadiums ist, das die Bevölkerung der gesamten Kulturwelt erreicht hat. Während zunehmende Volksdichtheit und fortschreitende Technik die Industrierzeugnisse stetig vermehren und verbilligen, bleibt die Erdoberfläche unveränderlich und muß darum desto höher im Preise steigen, je mehr Menschen sich darein zu teilen haben. Dasselbe gilt von den Bodenerzeugnissen mit der Einschränkung, daß auch sie zwar durch fortschreitende Technik vermehrt werden können, aber nicht in demselben Maße vermehrt werden können, wie die gewerblichen, daß also der preisseigernden Ursache eine verbilligende entgegenwirkt, ohne jene völlig unwirksam zu machen. Dazu kommt, daß nach vollständiger Besiedelung eines Landes, dessen Landwirtschaft einen weiteren Bevölkerungszufluß nicht mehr aufzunehmen vermag, der Zuwachs demnach in die Gewerbe und die freien Berufe strömen, so daß die landwirtschaftliche einen immer kleineren Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmacht.“ Kommen dazu der Zug nach der Stadt oder den Hotels und andere Gründe, die den Bauernstand dezimieren, und so wird das Verhältnis immer ungünstiger. „Im Mittelalter ernährten zehn Bauern außer sich einen Städter, heute soll eine landwirtschaftliche Familie für zwei städtische sorgen. Der heutige Reichtum kann demnach nicht in einer mit der früheren verglichen größeren Nahrungsmittelmenge bestehen — höchste Achtung gebührt der Landwirtschaft schon, wenn sie so viel liefert, daß die Masse der industriellen Bevölkerung nicht geradezu hungert — sondern nur in der größern Menge von gewerblichen Erzeugnissen, Bequemlichkeiten und Kulturgütern. Es versteht sich also von selbst, daß die Nahrungsmittel mindestens in demselben Maße teurer werden wie die Wohnung und solche gewerbliche Erzeugnisse, bei deren Preisbestimmung der Rohstoff eine bedeutende Rolle spielt, wie Schuhe und Tuchkleider.“ Daß die Lebensmittelteuerung einem erbitterten Kampf gerufen hat, ist begreiflich. Es wehrt sich eben jeder für seine Haut. Wenn aber das Städtertum in einem unersättlichen Bauernstand die alleinige Ursache dieser Krisis erblickt, ihn mit Vorwürfen überhäuft und befehdet, so beweist es damit nur seine Kurzsichtigkeit und Verständnislosigkeit. Wer den Bauernstand auf gesetzlichem Wege zwingen wollte, uns die notwendigsten Lebensmittel unter allen Umständen wohlfeil zu liefern, der müßte ihn aus unserer individualistisch-kapitalistischen Wirtschaftsordnung herausstreiben, die den Gutsbesitzer so gut wie den Fabrikanten und Kaufmann zum Bankrott verurteilt, wenn seine Ausgaben

die Einnahmen übersteigen. Was der Landwirt nicht selbst produzieren kann und doch zum Leben und zum Betrieb seines Geschäftes bedarf, hat eben eine beträchtliche Preisseigerung durchgemacht; die Arbeitslöhne haben sich seit dem Jahre 1860 verfünffacht. Karl Jentsch meint: „Wohnung, ein Maßanzug aus Tuch und Stiefel kosten auch doppelt so viel wie vor vierzig Jahren und der Landwirt muß sowohl die menschlichen Arbeitskräfte wie die Maschinen und alle Kulturbedürfnisse höher bezahlen; wie kommt er dazu, allein von allen an der Steigerung des Nationalreichtums nicht teilzunehmen, sondern darunter zu leiden?“ Leben und leben lassen! Ich meine, dieser Argumentation kann sich kein vernünftig denkender Mensch verschließen. Eine Notlage zwingt den Bauernstand so gut wie jede andere Interessengruppe sich für seine Haut zu wehren. Wer hat die Stirn, ihm im Tone moralischer Entrüstung einen Vorwurf daraus zu machen, daß er auch gerne noch länger leben möchte!? Oder sollten die Bauern allein nicht das Recht haben, sich zu organisieren, oder ist es gerade von ihnen eine unerhörte Frechheit, sich einen tüchtigen schlagsfertigen Verbandssekretär zu halten? Ja, dieser Dr. Laur! Was hat der schon für Unheil angerichtet! Was hat er schon hören müssen! Ich bitte, man zeige mir in ganz Europa einen einzigen Syndikatsekretär, der nicht die Lebensinteressen seiner Gruppe oder Organisation bis aufs äußerste vertritt!

Das wäre ein Unikum! Man wird ihn nicht finden, aus gutem Grund. Jeder Verbandssekretär, sei er nun Arbeiter-, Bauern-, Metzgermeister-, Unternehmer- oder gar Lehrersekretär, weiß ganz genau, wo zu man ihn gewählt hat und wofür er bestoßt ist. Er wird seinen Auftraggebern und Brotherren zu beweisen suchen, daß ihr Geld gut angewendet ist. Solch ein Sekretär ist der periodischen Wiederwahl unterworfen. Der Mohr, der seine Pflicht nicht getan, kann gehen! Sein Beruf birgt allerlei moralische Gefahren in sich. Man hat es schon erlebt, daß Verbandssekretäre mit groben Unwahrheiten und Entstellungen umgegangen sind, um ihre Leistungen in ein möglichst günstiges Licht zu rücken und den vielen Zählern zu zeigen: seht, welche Erfolge euer Stand dank meiner Arbeit erzielt! Ich sage das nur, damit man dem Bauernsekretariat Gerechtigkeit widerfahren läßt. Seine Waffen sind jedenfalls blank geblieben. Wer übrigens etwas erreichen will, muß gelegentlich die Offensive ergreifen. Man darf den mannigfachen Ausschreitungen der verschiedenen Verbandssekretäre kein zu großes Gewicht beilegen. Es geht mancher im Eifer des Gefechtes zu weit, heiße er nun Bauern- oder Arbeitersekretär.

Im übrigen hat der Landmann allen Grund, die Anstrengungen und Erfolge seines Verbandssekretärs Dr. E. Laur in Brugg dankbar anzuerkennen. Schreiber dieser Zeilen hat verschiedene grundlegende Arbeiten und Vorträge dieses Mannes gründlich studiert und eine gute Meinung von seiner Arbeitskraft und seinem durchaus loyalen Vorgehen erhalten. Die scharfen Aussfälle und Hiebe, wie sie gelegent-

lich die Hitze des Gefechtes zeitigt, können für die Beurteilung dieses Mannes nicht maßgebend sein.

Wie mir scheint, lassen sich die Bestrebungen des Bauernverbandes, dessen Führung ganz in den Händen des gewandten Sekretärs liegt, folgendermaßen charakterisieren:

1. So lange unsere kapitalistisch-individualistische Wirtschaftsordnung besteht, muß dafür gekämpft werden, daß die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionspreise zum mindesten Schritt hält mit der Preissteigerung solcher gewerblicher Erzeugnisse, bei deren Preisbestimmung der Rohstoff eine bedeutende Rolle spielt, Schritt hält mit der Verteuerung der menschlichen Arbeitskraft, der Maschinen und aller Kulturbedürfnisse. Ein Zurückbleiben müßte den Bankrott der ganzen Landwirtschaft nach sich ziehen, da die Einnahmen die Ausgaben auf die Länge nicht mehr decken könnten. Dem Ruin unseres Bauernstandes vorzubeugen, ist ein im hohen Grade verdienstliches Werk. Es bedeutet gesunde Blutauffrischung für die gesamte übrige Bevölkerung unseres Landes. „Wo noch in einem Volke dieser Jungbrunnen abgegraben wurde, war der intellektuelle, physische und moralische Verfall unvermeidlich.“ Im Interesse der Erhaltung unseres alten, freien Volkes pflichteten wir deshalb Dr. Laur freudig bei, wenn er sagt *): „Wir treten dafür ein, daß das landwirtschaftliche Gedeihen den Grundton unserer Wirtschaftspolitik gebe.“

Aber was sagt nun der Arbeiterstand zu einer solchen Politik? Widerspricht sie nicht seinen Interessen? Liegt nicht gerade in ihr der Grund jenes Antagonismus zwischen Bauer und Arbeiter, dem wir entgegentreten möchten?

Hier müssen wir zuerst dem Bauernverband Gerechtigkeit widerfahren lassen. Das Los der arbeitenden Klasse ist ihm nicht gleichgültig. Er ist sich ganz klar über die Folgen seiner Politik und weiß, was die Lebensmittelsteuerung für den Arbeiterstand bedeutet. Sein Grundsatz lautet aber: Leben und leben lassen! Dem Arbeiterstande muß in der Weise geholfen werden, daß er bei dieser Entwicklung der Dinge nicht zu Schaden kommt. „Den erhöhten Lebensmittelpreisen muß sich die übrige Volkswirtschaft anpassen, die Löhne der Arbeiter haben sich nach ihnen zu richten. Exportindustrien, welche ihren Arbeitern einen den inländischen Produktionsverhältnissen entsprechenden Lohn nicht zu zahlen vermögen, haben in einem Lande keine Existenzberechtigung. Niedrige Löhne für die Arbeiter und billige Preise für die Produkte der heimischen Landwirtschaft liegen vor allem im Interesse der ausländischen Bezüger unserer Erzeugnisse“ **) und im Interesse der Industriellen und Großkapitalisten, die natürlich auch hier den Rahmen abschöpfen möchten. Der Notschrei in der Julinummer des „Schweiz. Bankvereins“ ist recht bezeichnend. Man ahnt, wer bei dieser Politik

*) Volkswirtschaftliche Zeitgedanken. Vortrag 1906

**) Dr. Laur: Volkswirtschaftliche Zeitgedanken.

des Bauernverbandes die Zechen zu bezahlen hat und jammert in erbärmlichen Tönen von dem Ende der Henne, die goldene Eier legt. Wir aber meinen mit Dr. Laur, es gebe keine verkehrtere Politik als diejenige, welche von allfälligen Schwierigkeiten des Großkapitals ausgeht und nun verlangt, daß zu Gunsten einiger wenigen die Löhne herabgedrückt und die Lebensmittelpreise tief gehalten werden müßten. Nach Dr. Laur kann allerdings kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn die landwirtschaftlichen Produkte eine höhere Preislage aufweisen werden, auch die Löhne und Gehälter ihre aufsteigende Tendenz beibehalten müssen. Wir möchten diesen Satz zweimal unterstreichen, ja wir möchten ihn gerne jedem Arbeiter unter die Augen halten. Solche Worte wirken versöhnend. Der Arbeiter muß sich sagen: Wer so reden kann, ist nicht unser Feind. Gehören wir nicht am Ende gar zusammen? Dämmert einem da nicht der Gedanke an eine Verbündung des gesamten arbeitenden Volkes? Die Lösung, unter der es marschieren würde, könnte lauten: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert; jeder Nichtarbeiter ist keines Lohnes wert. Der Kapitalismus ist unser gemeinsamer Feind. Der Arbeiter muß im Bauer den mühsam seine Scholle bearbeitenden Menschen, also in ihm einen Arbeiter erblicken, der allerdings unter ganz andern Verhältnissen lebt als er. Er soll ihm neidlos jene idealen Vorteile gönnen, die Pfarrer Aeschlimann in seiner Arbeit so schön geschildert hat. Er muß einsehen lernen, daß sich bei der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Bauernstand nur über Wasser halten kann, wenn die landwirtschaftlichen Produktenpreise mit der übrigen Preissteigerung schritthalten. Ueberaus segensreich wird auch die Erkenntnis wirken, daß nach der Meinung des Bauern nicht der Arbeiter, sondern das Kapital den Schaden tragen soll. Wie viele Vorurteile auf Seiten der Landbevölkerung noch schwinden müssen, haben wir früher dargetan und können nur noch einmal feststellen, daß wir dem beipflichten, was Pfarrer Aeschlimann und Professor Ragaz über diesen Punkt geschrieben haben.

Wie gefährlich ein Zusammengehen des arbeitenden Volkes, des Bauern- und Arbeiterstandes, für den Kapitalismus werden müßte, mögen uns nachfolgende Ausführungen zeigen.

2. Gegen die Besserstellung der Landwirtschaft durch Erhöhung ihrer Produktenpreise werden allerlei Einwände erhoben. Pfarrer Aeschlimann schreibt mir: Das Fatale ist — und darauf muß man immer hinweisen — daß die hohen Lebensmittelpreise dem Bauer nicht lange nützen, sondern den Landpreis hinaufstreiben und so die Verschuldung vermehren. Hier ist der Kernpunkt der ganzen Frage: Wie kann die unheimlich wachsende Bodenverschuldung gehemmt werden? Solange hier keine Lösung kommt ist alles umsonst. Darum haben die Sozialisten doch recht, wenn sie gerade diese Frage im Programm voranstellen.

Ein anderer Einwand besteht in der Behauptung, daß wenn die höhern Lebensmittelpreise höhere Löhne zur Folge haben, die Landwirtschaft auch die industriellen Produkte teurer bezahlen müsse

und ihr so mit der einen Hand wieder genommen werde, was man ihr mit der andern gab. Diese beiden Einwände sind so ernster Natur, daß wir sie einer eingehenden Besprechung unterziehen müssen.

Die Frage der steigenden Bodenverschuldung wird uns länger beschäftigen, darum wollen wir zuerst den zweiten Einwand besprechen. Wir wollen hören, was Dr. Laur dazu sagt: „Zum Teil erscheint er zutreffend, aber nur zum Teil. Bekanntlich muß der Landwirt von den Erträgningen des Landes auch die Schuldzinsen zahlen. Zirka ein Siebentel des landwirtschaftlichen Rohertrages muß zu diesem Zweck verkauft werden. Je niedriger die Produktenpreise sind, umso größerer Teil des Ertrages muß zur Deckung der Schuldzinse verkauft werden und umgekehrt. Hohe Produktenpreise schmälern also in erster Linie das arbeitslose Einkommen, den Anteil der Gläubiger aus der Landwirtschaft. Der Zins folgt den Preisgesetzen des internationalen Geldmarktes. Für ihn gibt es keine Schutzzölle. Er kann deshalb nicht wie die Preise in Industrie und Gewerbe durch Schutzzoll künstlich gesteigert werden. So muß der eigentlich Leidtragende bei der von uns vertretenen Wirtschaftspolitik der Kapitalist sein. Der Wert des Geldes wird durch die allgemeine Preiserhöhung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugnisse herabgedrückt, der Zinsfuß bleibt und so braucht man, um die Freuden eines Rentiers genießen zu können, ein immer größeres Kapital. Auch diese Folge unserer Wirtschaftspolitik wird man im Ernst nicht beklagen können. Für den Schuldenbauer bedeutet sie aber eine erhebliche Besserstellung.“ Diese Folgen wären wirklich nur zu begrüßen. Ich glaube, auch der sozialistische Arbeiter wird nichts dagegen einzuwenden haben, wenn schon das arbeitslose Einkommen den Schaden zu tragen hat.

Aber nun die Bodenpreissteigerung! Hohe Lebensmittelpreise nutzen dem Bauer doch nicht lange; sie treiben nur die Landpreise hinauf und vermehren die Bodenverschuldung, schreibt mir ein Freund. Ohne nähere Prüfung leuchtet diese Behauptung ein. Also, wozu der ganze erbitterte Kampf um Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktenpreise! Nehmen wir an, diese Überlegung sei durchaus richtig. Soll nun etwa der Bauernstand aus lauter Gutmütigkeit freiwillig auf jede zeitgemäße Besteuerung seiner Produkte verzichten? Das hieße Selbstmord begehen. Bei der heutigen individualistisch-kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die wir allerdings nicht als ideal, als unübertrefflich betrachten, bleibt dem Bauernverband nichts anderes übrig, als sich gerade mit den Mitteln seiner Haut zu wehren, die er bisher zur Anwendung gebracht hat.

Nebrigens dürfen wir die Lage des Landvolkes doch nicht ganz so pessimistisch auffassen, wie Pfarrer Aeschlimann es in seiner privaten Mitteilung tut. Dr. Laur schildert sie folgendermaßen: Der Bauer hat höhere Preise, dafür mehr Schulden, der Kapitalist hat weniger wertvolles Geld, dafür größere Kapitalien, und wir kommen so zu einem

circulus vitiosus, bei dem die Preise und Löhne immer mehr steigen, die Einkommensverteilung aber schließlich immer dieselbe bleibt. Praktisch ist diese Gefahr allerdings nicht so groß, wie sie scheint. In den letzten Jahren sind die Milchpreise um zwei Rappen gestiegen (Beispiel aus einem Vortrag Dr. Laur's vom Jahre 1906. Seither sind die Milchpreise bekanntermaßen noch einmal um zwei bis drei Rappen gestiegen). Das dürfte der schweizerischen Landwirtschaft allein für verkaufté Milch zirka 32,000,000 Franken aussmachen. Das genügt, um 800,000,000 Franken zu vier Prozent zu verzinsen. Es braucht Jahrzehnte, bis die Schuldenlast der Landwirtschaft wirklich um 800,000,000 Franken angewachsen und dieses Geld durch die Erbteilung aus der Landwirtschaft heraus in andere Bevölkerungskreise geflossen ist. Wenn es gelingt, die Milchpreiserhöhung unserer Landwirtschaft dauernd zu sichern, so dürfte die Besserstellung der bäuerlichen Bevölkerung auf Jahrzehnte hinaus garantiert sein. Das soll uns allerdings nicht hindern, mit aller Energie die törichten Bodenpreisseigerungen zu bekämpfen. So Dr. Laur. Er hat kein Interesse, die Lage des Bauernstandes zu rosig zu schildern.

Das steht für uns allerdings fest: Jener circulus vitiosus ist vorhanden. Es sind auf jeden Fall ungesunde Verhältnisse, in denen wir heute leben. Die neuesten Unruhen in Frankreich und Wien geben zu denken. Das Wort von Karl Jentsch: „Eine Krisis der Kulturwelt“ gewinnt erhöhte Bedeutung. Wir treiben einer Katastrophe entgegen, wenn die Lebensmittelsteuerung — wohlverstanden gezwungenermaßen — noch weitere Fortschritte macht. Und was den Bauernstand betrifft, so gibt ja Dr. Laur schließlich selber zu, daß es höchste Zeit sei, der törichten Bodenpreisseigerung entgegenzuarbeiten. Auch er muß den Zeitpunkt kommen sehen, wo der Bauernstand vor einer furchtbaren Krisis steht. Es braucht nur irgend ein weltgeschichtliches Ereignis einzutreffen und wir können über Nacht vor Zuständen stehen, wie sie vor dem Bauernkrieg des siebenzehnten Jahrhunderts herrschten. Wir müssen aus diesen gefährlichen Zuständen herauskommen; das steht auch für mich fest. Ich erblickte einen Teil meiner Aufgabe darin, darzutun, daß eine Notlage den Bauernstand zwingt, für Erhöhung der landwirtschaftlichen Produkte zu kämpfen, daß wir ihm daraus keinen Vorwurf machen können. Aber ich meine nun nicht, wir lebten in der besten aller Welten, es könne nicht anders werden und sei auch nicht nötig. Ich betone ausdrücklich die Gefährlichkeit der heutigen Zustände, die unbedingt überwunden werden sollten. Die Führer des Bauernverbandes scheinen das auch einzusehen. Man schaut sich nach einem Heilmittel um und redet von allerlei Vorkehren, die getroffen werden müßten, um die unheilvolle Entwicklung zu hemmen; aber ich habe das Gefühl, gerade hier liege der schwache Punkt des Bauernprogramms. Es scheint mir, als dürfe man nicht recht mit der Sprache herausrücken, als seien die Zielpunkte noch nicht ganz klar erfaßt. Wie die Arbeiter, so erwarten auch die Bauernpolitiker Großes von der

Zukunft. Sagt doch Dr. Laur selbst: Vorschläge, die uns heute unpraktisch und utopistisch erscheinen, werden vielleicht in kommenden Jahrzehnten Gegenstand der praktischen Bauernpolitik sein; vielleicht reift dann inzwischen die Heimstättenidee mit ihrer Beschränkung der Verschuldungs- und Teilungsfreiheit doch heran. Und an anderer Stelle heißt es sogar: Ich persönlich gestehe ihnen offen, daß ich auch vor sehr radikalen Vorschlägen zur Unterbindung der Spekulationsprofite (bei Güterschlächterei *et c.*) nicht zurückschrecken würde. Es kann aber nicht meine Sache sein, die Lösung dieses Problems hier näher zu untersuchen. Wir sehen, Dr. Laur begnügt sich mit Andeutungen, wo wir gerne mehr wüssten. Gedenfalls sollten gerade diese Fragen vom Bauerverbande energischer in Angriff genommen werden, denn von hier aus allein ist eine gründliche Besserung der Verhältnisse für den kleinen Mann, den Schuldenbauer zu erwarten. Die bisherige landwirtschaftliche Preispolitik hat bei der heutigen Wirtschaftsordnung ihre Berechtigung, aber sie darf nicht das letzte Wort des Bauerverbandes sein, sonst müßten die Schuldenbauern an ihm schließlich bittere Enttäuschungen erleben. Halbe Maßregeln helfen nichts. Die bürgerliche Bevölkerung „in Wort und Schrift über den wahren Wert des Bodens und über die Folgen des zu teuren Bodenerwerbes aufzuklären“, was heute in der landwirtschaftlichen Presse und in Vorträgen geschieht, nützt nicht das geringste. Gewisse bedauerliche Vorfälle im Kanton Bern beweisen dies zur Genüge. Man gibt sich bei großartigen Güterschlächtereien das Wort, keinen Quadratmeter Land zu kaufen und siehe da, an der Steigerung wird kein einziges Angebot gemacht. Die Freunde des Bauernstandes triumphieren: Endlich ein sichtbarer Erfolg der Aufklärung und Organisation! Aber siehe da, das Land wird dennoch stückweise zu hohen Preisen losgeschlagen. Diejenigen, die an der Steigerung Wort hielten, reisen im geheimen den Juden nach, machen unsinnige Angebote und der reiche Spekulant streicht schmunzelnd seinen Profit ein. Der Bauer hat vom Arbeiter noch viel zu lernen! Die Organisation ist noch mangelhaft; die Solidarität versagt, wo man einen guten Handel zu machen glaubt. Dr. Laur sagt irgendwo: Wenn es gelingt, den Erbfehler der Bauern, Missgunst und Uneinigkeit dauernd zu unterdrücken, so wird die schweizerische Landwirtschaft auch in den kommenden Jahrzehnten sich halten und vorwärts kommen. Diese Worte enthalten ein schlimmes Zeugnis für unsere Bauern. Wir sehen: ihr Führer kennt sie. Da bieten die kämpfenden Arbeiter allerdings ein erbaulicheres Schauspiel. Unser Landvolk kann bei ihnen in die Lehre gehen. Vielleicht daß auch hier die Organisation erzieherisch wirkt. Zu begrüßen wäre es im Interesse unseres Bauernstandes.

Etwas mehr als von der erwähnten Aufklärung in Wort und Schrift ist wohl von unserem neuen Civilgesetzbuch zu erwarten. Das Bauernsekretariat wurde zur Mitarbeit bei der Vorbereitung der Rechtsseinheit aufgefordert und es ist ihm gelungen, ein bürgerliches Erbrecht

zu erhalten, welches die das Gut übernehmenden Söhne vor Ausbeutung durch die Miterben schützt. Des Fernern wird es sich der Bauernverband angelegen sein lassen, den Bauern Betriebskredit zu verschaffen. Er wird sich die Förderung der genossenschaftlichen Kreditvermittlung besonders angelegen sein lassen und die Spekulation im Liegenschaftsverkehr bekämpfen. Gewiß warten hier dem Verbande noch große Aufgaben. Mehr Beachtung als diese prophylaktischen Maßregeln verdient bei uns die sogenannte Heimstättenidee. Wir finden da Gedanken, die uns das sozialdemokratische Programm und die Bestrebungen der Bodenreform „Freiland“ in Erinnerung rufen. In Frage kommen die §§ 349—359 des neuen schweizerischen Civilgesetzbuches. § 349 sagt: Zur Heimstätte kann ein landwirtschaftliches Gut erklärt werden. Das Gut darf nicht größer sein, als erforderlich ist, um einer Familie ohne Rücksicht auf die grundpfändliche Belastung oder auf das sonstige Vermögen des Eigentümers ihren ordentlichen Unterhalt zu gewähren. Der Eigentümer oder dessen Familie muß selbst das Gut bewirtschaften, sofern nicht aus wichtigen Gründen die zuständige Behörde vorübergehend nicht eine Ausnahme gestattet. — § 353: Rechtsgültig wird die Errichtung einer Heimstätte durch Eintragung in das Grundbuch. § 354: Auf ein Gut, das zur Heimstätte geworden ist, dürfen keine Grundpfänder gelegt werden. Der Eigentümer darf es weder vermieten noch verpachten. — Der folgende Paragraph zeigt uns, daß der Eigentümer verpflichtet werden kann, Blutsverwandte, die der Aufnahme dringend bedürfen, in die Heimstätte aufzunehmen.

Zu diesen Paragraphen bemerkt das Bauernsekretariat: „Solche Heimstätten würden nur dann bei uns Eingang finden, wenn denjenigen, die sich dem Heimstättenrecht unterwerfen, gleichzeitig eine finanzielle Hilfe zuteil würden, wenn der Staat die Gläubiger ablöste und dem Schuldner möglichstbilligen Kredit gewähren würde unter der Bedingung, daß er seinen Sitz in eine Heimstätte verwandle, so dürfte die Begründung von Heimstätten allerdings rasch Eingang finden. Heute ist diese Seite der Frage noch nicht spruchreif. Wenn aber der Rückgang des Bauernstandes weiter fortschreitet, und sich die Lage der Landwirtschaft noch mehr verschärfen sollte, so dürfte die Erkenntnis, daß nach der Richtung etwas geschehen muß, doch kommen. Anderswo heißt es: Vielleicht kommt in späteren Jahrzehnten . . . die Zeit, da der Staat den überschuldeten Kleinbauern Hilfe bringt, ihnen die Verzinsung und Amortisation der Schulden erleichtert, dafür aber verlangt, daß sie sich der Heimstättengesetzgebung unterstellen. Mag das auch Zukunftsmusik sein, so schadet es doch nichts, wenn man mindestens die Möglichkeit eröffnet, auf diesem Gebiete Erfahrungen zu sammeln.“

Das ist ja fast die gleiche Zukunftsmusik, wie wir sie auf Seiten der Sozialdemokraten vernehmen: „Um den Druck der hohen Verschuldung zu beseitigen, erstrebt die Sozialdemokratie

die Verstaatlichung der Hypotheken und deren planmäßige Tilgung, so daß das Gemeinwesen an die Stelle der Hypothekgläubiger tritt. Der Zins wird durch allmählich abnehmende Annuitäten ersetzt, die mit der Zeit in eine mäßige Abgabe an Staat und Gemeinde übergehen. Der Bauer, von der Zinsknacht erlöst und der Frucht seiner Arbeit sicher, wird den heimischen Boden zu seinem Nutzen wie zum Nutzen der Gesamtheit bewirtschaften.“ Hier haben wir auch wieder ein Beispiel, das deutlich genug zeigt, daß Bauer und Arbeiter einander nicht so fern stehen, als es heute oft scheint. Es klingt auch wie Zukunftsmusik, wenn Pfarrer Aeschlimann schreibt: Es ist möglich, daß die Sozialdemokratie sich zu einer alle kleinen und abhängigen Leuten umschließenden Volkspartei entwickelt.

Wenn wir alle unsere bisherigen Ausführungen reden lassen, dann können wir diese Hoffnung nicht mehr als rosenroten Optimismus belächeln. Zwar stellen wir uns die Entwicklung etwas anders vor als Pfarrer Aeschlimann. Wir können uns den Bauernstand nicht zersplittert denken. Die Bauern gehören zusammen. Sie haben aber noch viel zu lernen, böse Vorurteile abzulegen. Wenn sich ihr Stand in der heute angedeuteten Richtung weiter entwickelt, so könnte im Verlaufe der Zeit eine große Partei des arbeitenden Volkes entstehen, eine wirkliche Volkspartei, die für den Grundsatz eintritt: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert“, die dem arbeitslosen Einkommen, dem Kapitalismus den Krieg erklärt, die einer Zukunft vorarbeitet, die den Mühseligen und Beladenen in unserem Bauernstande wie ein Himmelreich auf Erden vorkommen müßte.

Freudig kann sich der Landpfarrer seinen Bauern im Kampf zur Seite stellen, wenn sie ernst machen mit den Worten ihres Führers: Wir wollen die Bauernpartei ausbauen zu einer Partei aller derer, welche den Elenden, Schwachen und Armen Hilfe bringen wollen, zu einer Partei, welche die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in jeder Form bekämpft und die von jedem gesunden Menschen verlangt, daß er für das, was er genießt und verzehrt, auch durch körperliche und geistige Tätigkeit zur Wohlfahrt und Einkommensvermehrung der Volkswirtschaft beitrage.

Bauernkraft und Bauernstolz.

Es ist vielleicht nicht passend, in den Neuen Wegen die Worte Kraft und Stolz auszusprechen. Bisher war in dieser Zeitschrift von andern Dingen die Rede: von Not und Elend, von sozialem Kampf und religiösem Suchen. Und gar von Bauernkraft und Bauernstolz zu reden, scheint nicht bloß unangebracht, sondern auch undiplomatisch zu sein in einer Zeit, wo der Gegensatz zwischen Bauer und Arbeiter